



Kantonale Abstimmung vom 4. März 2018

Chaos in der Schule? - NEIN zur Initiative «Lehrpläne vors Volk»

Am 4. März 2018 steht mit der kantonalen Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk» eine KMU-feindliche Vorlage auf der Abstimmungsagenda. Der Gewerbeverband Berner KMU steht hinter dem Lehrplan 21 und lehnt die Initiative – wie der Regierungsrat und der bernische Grossrat – entschieden ab.


Autorin: Nina Zosso
Foto: Fotolia

Der Grosse Rat hat die Initiative in der Septembersession 2017 mit einer deutlichen Mehrheit von 122 zu 19 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgeschmettert.

Ein breites Komitee, bestehend aus FDP, BDP, glp, SP, Grüne und einzelnen Vertretern der SVP, sowie den bernischen Wirtschaftsverbänden (namentlich Berner KMU und dem HIV Bern), VPOD, VSLBE und Bildung Bern, setzt sich für ein NEIN ein.

Die Initiative versucht die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Bern rückgängig zu machen. Die Harmonisierung ist aber gerade aus der Sicht der Wirtschaft und der Berufsbildung dringend. Alle 21 Deutschschweizer Kantone wollen den Lehrplan 21 ein-

führen und bis jetzt sind alle Torpedierungsversuche in den anderen Kantonen an der Urne deutlich gescheitert.

Isolationistisch und KMU-feindlich

Nur bei einem NEIN zur Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk» steht der Kanton Bern nicht plötzlich komplett isoliert da. Um den inländischen Fachkräftemangel wirksam bekämpfen und Lehrlinge einfacher rekrutieren zu können ist es wichtig, dass alle Kantone am gleichen Strang ziehen. Dank dem Lehrplan 21 sind die Inhalte der Volksschule am Ende der obligatorischen Schulzeit in allen Deutschschweizer Kantonen gleich und es spielt keine Rolle mehr, aus welchem Kanton ein

Bewerber kommt. Dies ist entscheidend, denn die Lehrbetriebe sind bei der Rekrutierung und Ausbildung auf Lernende aus verschiedenen Kantonen angewiesen.

Zudem werden nur bei einem NEIN die gewerbeschädigenden Mobilitätschranken abgebaut und so den Betrieben die Suche nach wertvollen inländischen Fachkräften vereinfacht. Davon profitieren alle: die Arbeitnehmenden, die Betriebe und die Volkswirtschaft!

Die Initiative beinhaltet noch weitere KMU-feindliche Elemente, indem sie zum Beispiel den Ausbau der MINT-Fächer behindert: Diese will die Wirtschaft - mit Blick auf die künftigen Anforderungen - aber unbedingt fördern. Dasselbe gilt auch für die Berufliche Orientierung. Der Gewerbeverband Berner KMU hat die Aufnahme des Moduls «Berufliche Orientierung» in den Lehrplan 21 gefordert und zusammen mit dem Schweizerischen Gewerbeverband durchgesetzt. Dank guter Berufswahlvorbereitung werden die Chancen der Betriebe, gute Nachwuchskräfte zu finden, erhöht. Gleichzeitig wird das Risiko von Lehrabbrüchen vermindert.

Sagen Sie NEIN am 4. März

Last but not least gaukelt die Initiative ein Mitspracherecht vor, welches gar nicht vorgesehen ist. Mehr als JA oder NEIN sagen könnte das Berner Stimmvolk auch in Zukunft nicht; von einem inhaltlichen Mitgestalten der Lehrpläne kann also keine Rede sein.

Aus KMU-Sicht gibt es deshalb am 4. März 2018 nur eine Option: Sagen Sie NEIN zur gewerbefeindlichen Mogelpackung! ■